

kapitulierten schließlich das gesamte Zentralkomitee, Politbüro und ZK-Sekretariat sowie der Generalsekretär. Am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz auch als DDR-Staatsratsvorsitzender zurück und übergab die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter, dem langjährigen LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach. Mit dem Ende der alten SED-Führung beschleunigte sich das Ende der DDR.

Unmittelbar nach dem dramatischen Rücktritt der Übergangsführung der SED unter Generalsekretär Egon Krenz konstituierte sich ein zeitweiliger Arbeitsausschuß. Dieser wandte sich zur Vorbereitung des Sonderparteitages an Parteimitglieder bzw. nahestehende Wissenschaftler mit der Bitte um Unterstützung bei der Ausarbeitung wichtiger Dokumente. So legte der Berliner Völkerrechtler Bernhard Graefrath am 6. Dezember 1989 ein Thesenpapier „Zur deutschen Frage“ vor, in dem er treffend den Ernst der Situation zusammenfaßte: „Im Grunde stellt sich für uns die deutsche Frage als Frage nach der Zukunft der DDR.“²³

Unterdessen war der Termin des Beginns des Sonderparteitages auf Freitag, dem 8. Dezember 1989, vorverlegt worden, weil aus der Sicht des Arbeitsausschusses die Lage im Lande immer unübersichtlicher wurde. Dem Arbeitsausschuß blieb eine Vorbereitungszeit von fünf Tagen.

Zur Tätigkeit des Arbeitsausschusses

Mit dem Rücktritt von Zentralkomitee und Politbüro sowie der Einsetzung des Arbeitsausschusses war die zentrale Forderung der Parteibasis nach Durchführung eines Sonderparteitages praktisch bereits durchgesetzt worden. Die Einberufung dieses Parteitages hatte die Mehrheit im SED-Politbüro, solange sie im Amt war, kategorisch abgelehnt bzw. hintertrieben. Anstelle eines von der Basis geforderten Sonderparteitages beschloß die 10. ZK-Tagung während der Vormittagssitzung am 9. November 1989 auf Vorschlag des Vorsitzenden der Redaktionskommission, Siegfried Lorenz, die Einberufung einer Parteikonferenz zum 15. bis 17. Dezember 1989. Damit wollte man dem von der Basis geforderten Parteitag ausweichen.²⁴ Dieser Hinhalte-Beschluß wurde von den Sprechern auf den Demonstrationen der Parteibasis in Berlin am 8. November 1989 vor dem ZK-Gebäude und zwei Tage später im Lustgarten scharf kritisiert.

23 Parteivorstand der PDS/Archiv, ohne Signatur. Den Artikel von Bernhard Graefrath „Eine geeignete Alternative“ vgl. in: Neues Deutschland (im folgenden: ND), 16./17. Dezember 1989.

24 Vgl. Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED, S. 273 f. – In der Geschichte der SED hatte es bis Mitte der fünfziger Jahre drei Parteikonferenzen gegeben. Sie fanden 1949, 1952 und 1956 statt. Nach dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 fanden Parteikonferenzen als Zusammenkunft zwischen den Parteitagern nicht mehr statt. Während der Amtszeit Honeckers wurde, erstmals am 25. Februar 1977 in Berlin, als neue Form einer Funktionärskonferenz die „Beratung des Politbüros und des Sekretariats des ZK mit den den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen“ eingeführt, die jedoch nach dem SED-Statut keine Beschlußvollmacht besaß.